

Verteidigungsminister in der Defensive

Studie warnt: 98 Millionen Steuerentfall bei weniger Eurofighter-Gegengeschäften

Carald Jahn
Nina Weigsteinner

Wien - Eine halbe Stunde: Die se Zeit benötigte das Stranvord für etwas, das Norbert Darabos eigentlich monatlang nicht schaffte: Der Verteidigungsminister behauptet, den Eurofighter-Gegengeschäftsvertrag nicht gekannt zu haben, weil ihm das Dokument niemand ausshändigte. Resultat des Selbstversuchs: Ein Anruf genigte, um die relevante Passage des Papiers aufzutreiben. Mit seiner Unwissenheit verteidigt sich Darabos im

jüngsten Winkel um die Eurofighter. In einem Briefwechsel zwischen Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (ÖVP) und Eurofighter-Boss Aloysius Rauen wurde publik, dass mit dem vom Verteidigungsminister heruntergehandelten Kaufpreis für die Flieger auch das Volumen der Gegengeschäfte schrumpft (*Dokumentation*).

Tatsächlich hält die Vereinbarung fest: „Änderungen bzw. Ergänzungen des (...) Kaufvertrages (Austockung oder Minderung des Lieferumfanges) bewirken eine automatische Anpassung der Kon-

pensationsverpflichtung im äquivalenten Ausmaß.“

Nun wird der Verteidigungsminister breit ausgefallen. „Darabos hat bewusst tausende Jobs aufs Spiel gesetzt“, schimpft ÖVP-Generalsekretär Hannes Misselthorn, die Industrie beklagt „eine verlorene Chance für den Hochtechnologiestandort Österreich“. Bartenstein wirft Darabos vor, dem Ministerialrat über die Folgen der Eurofighter-Nachverhandlungen falsch informiert zu haben und fordert eine Erklärung.

Eine Studie des Linzer Volkswirtschaftlers Friedrich Schneider bestärkt die Kritiker. Reduzierte sich der Umfang der Gegengeschäfte um 400 Euro Millionen, gingen dem Staat 98 Millionen Euro an Steuerentnahmen durch die Lappen. Ursprünglich verpflichtete sich Eurofighter, Kompensationsgeschäfte in Höhe von vier Milliarden anzubauen, verbucht wurde bisher ein Volumen von knapp 890 Millionen (*siehe Grafik*).

Pilz: Kein Schaden

„Entwarnung“ gibt hingegen Peter Pilz. Weil maximal zehn bis 15 Prozent der Gegengeschäfte „real“ seien, meint der grüne Ex-Vorsitzende des Ausschusses, falle „kein wirtschaftlicher Schaden“ an. An Darabos lässt Pilz trotzdem kein gutes Haar: „Er weiß nicht, was er selbst ausgehandelt hat. Darabos wird zu einer Bestrafung für die Republik.“ Rot, Grün und Blau vernünftigen schon lange Tricksereien bei den Gegengeschäften. Wirtschaftsbosse wie Hannes Androsch (Flugzeugzulieferer FACC) oder Stefan Peter (Luftfahrtausrüster Pankl)

zeigen sich in der Vergangenheit beiderseitig, als ihre Unternehmen auf der offiziellen Liste der Eurofighter-Profilieure auftauchen: Die Geschäfte

wären auch ohne den Abflugjäger-Daal zustande gekommen. Der Unternehmer Christoph Prinz, dessen „Flugzeuge Aviation Software“ ein Projekt für die EADS-Tochter Airbus abwickelt, erzählte im Ausschuss, dass im EADS-Vertreter „nummer schäfer“ aufgetaucht hätten. Gegengeschäfte zu bestätigen, obwohl sein Auftrag nichts mit dem Eurofighter zu tun gehabt habe.

Der Wiener Anwalt Karl Newale ist davon überzeugt, dass die Gegengeschäftsvereinbarung der Republik den EU-Grundstützen des freien Wettbewerbs widerspricht und hat eine Sachverhaltsdarstellung an die Kommission geschickt. „Der aktuelle Streit zwischen Bartenstein und Darabos ist skurril, da es nun darum geht, ob man mehr oder weniger rechtswidrig handelt“, meint streiter sich darüber, ob man zehnmal oder nur achtmal bei Rot über die Kreuzung fährt.“

DOKUMENTATION

In einem Briefwechsel zwischen Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein (ÖVP) und der Bartensteiner GmbH bestätigt der flugzeugherstellers, die Reduktion der Gegengeschäfte. Im Folgenden die entscheidenden Auszüge aus den beiden Schreiben im Wortlaut.

Bartenstein an Eurofighter am 17. Juli 2007: „Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Als der für die Umsetzung des zwischen der Republik Österreich (...) und der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH abgeschlossenen Gegengeschäftsvertrages im Zusammenhang mit der Anschaffung von Eurofighter-Abflugjägern (...) zuständige Minister darf ich mich mit folgendem Ersuchen an Sie wenden. Laut Mitteilung des Bundesministers für Landwirtschaft im Ministerrat vom 27. 6. 2007 sind die Gegengeschäfte durch die nunmehrige Änderung des Eurofighter-Kaufvertrages nicht betroffen. (...)“

In Interesse des Standortes und der betroffenen Unternehmen ist es mir daher besonders wichtig, sicherzustellen, dass es (...) zu keiner Reduktion des Gegengeschäftsvolumens kommt. Mit freundlichen Grüßen, Martin Bartenstein, Katzens Antwort am 31. Juli: „Sehr geehrter Herr Bundesminister (...) Gerne bestätige ich Ihnen hiermit, daß die mit dem BMTV getroffenen Vergleichsverhandlungen weder Aussagen zu dem Gegengeschäftsvertrag enthalten, noch Bezug auf ihn nehmen.“ Der Gegengeschäftsvertrag bleibt daher unverändert mit dem Inhalt wirksam, der im Jahr 2003 zwischen seinen Parteien vereinbart worden ist. Dies schließt Artikel 9.5 ein, dem zufolge eine Änderung des Beschaffungsvorganges eine automatische anteilige Anpassung der Höhe der Gegengeschäftsumfänge bewirkt. Mit freundlichen Grüßen, Ihr Aloysius Rauen. (APA, red)

KURZ IM BLICK

Gusenbauers „Nulldefizit-Fetischismus“
Wien - Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SP) muss nach der Festlegung auf eine Steuerreform erst 2010 schwere Kritik aus der eigenen Partei einstecken. „Ich teile die Ansicht des Bundeskanzlers überhaupt nicht“, sagte der Chef der sozialdemokratischen Gewerkschafter (FSG) und SP-Abgeordnete Wilhelmin Heberzettel am Freitag. Er fordert wie auch Ökonomen SP-Sozialminister Josef Ackel - eine Komplettrform, die 2009 in Kraft tritt. Gusenbauers Nulldefizit-Ziel sei unverständlich. „Ich bin kein Nulldefizit-Fetischist und von Gusenbauer schwer enttäuscht, wenn er jetzt ein Nulldefizit-Fetischist wird.“ (APA)

Auch orange Politiker sind Menschen

Klagenfurt - Nach dem von Peter Westenthaler in den Raum gestellten möglichen Rücktritt als BZÖ-Obmann soll ein Treffen zwischen ihm und Kärntens Landeshauptmann und BZÖ-Gründer Jörg Haider Klarheit bringen. Die Aussprache, an der auch der orange Vizechef und Haider-Vertraute Stefan Petzner und BZÖ-Generalsekretär Gerald Grosz teilnehmen werden, findet kommende Woche in Kärnten statt. Auch Politiker sind Menschen und haben menschliche Reaktionen“, sagte Petzner. (APA)

GANZ KURZ

+++ Zugangshürde für Lehrer SP-Bildungssprecher Erwin Niederwieser plädiert für eine Beschränkung der Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen. **+++ 4-2-2-System** Niederösterreich plant einen Schulversuch mit vierjährigen Volksschulen und je zwei Jahren „Orientierungsstufe“ und berufsorientierte oder allgemeine Mittelschulen.

Eurofighter-Gegengeschäfte

- Ursprünglich vereinbart: Gegengeschäfte im Wert von 4 Mrd. Euro innerhalb von 15 Jahren
- Von 2002-2005 wurden Geschäfte im Wert von 888 Mio. Euro angerechnet
- Einsparungen bei Stückzahl und Ausstattung verringern Volumen der Gegengeschäfte um geschätzte 500 Mio. Euro

- Bilanz seit 2003
- Vom Wirtschaftsministerium anerkannte Gegengeschäfte
- Eingerichtet, vom Wirtschaftsministerium nach nicht bestätigt

| Zahl der Geschäfte | Wert in Mio. Euro |
|--------------------|-------------------|
| 204 | 190 |
| 153 | 298 |
| 165 | 400 |
| 177 | 507 |
| 110 | 109 |
| 87 | 110 |

